

Deliktsrecht

Ahrens / Spickhoff

2022

ISBN 978-3-406-77360-0

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Ahrens/Spickhoff
DELIKTSRECHT

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid red circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the phrase 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, uppercase, sans-serif font.
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Deliktsrecht

mit Wirtschaftsdeliktsrecht

Von

Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens

em. Professor an der Universität Osnabrück
Richter am OLG Celle a. D.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landesjustizprüfungsamtes a. D.

und

Prof. Dr. Andreas Spickhoff

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München
o. Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen

Vizepräsident des Niedersächsischen Landesjustizprüfungsamtes a. D.

beck-shop.de
2022
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: Ahrens/Spickhoff DeliktsR. § Rn.

Es haben bearbeitet:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens: §§ 17–33, §§ 38, 39 §§ 41–55

Prof. Dr. Andreas Spickhoff: §§ 1–16, §§ 34–37, § 40, § 56


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 77360 0
ISBN E-Book 978 3 406 77361 7

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau
Satz und Umschlaggestaltung:
Druckerei C. H. Beck Nördlingen

CO₂
neutral

chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

»For every injury there is a remedy, or should be« schrieb ein in den 1970er Jahren bekannter kalifornischer Anwalt als Leitspruch über sein Handbuch zum US-amerikanischen Haftungsrecht. Das ist für Deutschland und die Europäische Union weder eine zutreffende Beschreibung der Haftungsrealität, noch eine angemessene rechtspolitische Aussage. Ausgangspunkt des Rechts der unerlaubten Handlungen ist vielmehr die römisch-rechtliche Parömie »casum sentit dominus«: Wer außerhalb einer schuldrechtlichen Sonderbeziehung aufgrund des Verhaltens eines Dritten einen Schaden an seinen Rechtsgütern erleidet, hat ihn als deren Inhaber selbst zu tragen, es sei denn, aufgrund eines definierten Zurechnungsgrundes kann der Schaden auf den Dritten verlagert werden.

Anstelle einer ursprünglich erwogenen Neuauflage des von Erwin Deutsch zusammen mit Hans-Jürgen Ahrens verfassten Grundrisses, der diesem Werk als Nukleus zugrunde liegt (zuletzt 6. Aufl. 2014), ist mit dem Wechsel in die klassische Reihe der Beck'schen Lehrbücher eine praktisch vollständig neue Darstellung des Deliktsrechts getreten. Sie soll die systematischen Zusammenhänge des Deliktsrechts sichtbar machen.

Eine systematische Zusammenschau des außervertraglichen Haftungsrechts ist auch wegen der zersplitterten Zuständigkeiten der obersten Rechtsprechungsinstanzen geboten. Nach dem Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofs ressortiert das allgemeine Deliktsrecht zum VI. Zivilsenat, das Amtshaftungsrecht zum III. Zivilsenat, die Immaterialgüterrechte und das Lauterkeitsrecht zum I. und zum X. Zivilsenat, das Kartellrecht zum XIII. Zivilsenat. Der für das Privatversicherungsrecht zuständige IV. Zivilsenat nimmt mit seiner Rechtsprechung zum Versicherungsvertragsgesetz Einfluss auf das Deliktsrecht. Wegen des strafrechtlichen Adhäsionsverfahrens können Strafsenate über den materiellen und immateriellen Schadensausgleich zugunsten des Opfers einer Straftat befinden. Das Bundesarbeitsgericht hat einen eigenen Senat für die außergerichtliche Haftung eingerichtet und das Bundessozialgericht entscheidet über Ausgleichsmechanismen bei Arbeitsunfällen und ihnen gleichgestellten Ereignissen. Schließlich wirkt sich die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auf das Amtshaftungsrecht aus.

In der deutschsprachigen Literatur hat bisher eine Einbeziehung der zahlreichen Vorschriften des Sonderdeliktsrechts gefehlt. Ohne deren Darstellung ist die gewachsene Bedeutung der lückenfüllenden, zum Teil konkurrierenden Rechtsprechung zu § 826 BGB und zur Schutzgesetzverletzung nach § 823 Abs. 2 BGB nicht zu verstehen. Die Verästelungen des Sonderdeliktsrechts im Detail darzustellen, muss zwar der dazu vorhandenen Spezialliteratur vorbehalten bleiben, doch werden hier die Verknüpfungen und Grundzüge sichtbar gemacht.

Eine umfassende Einbeziehung ausländischer Rechtsordnungen und Reformprojekte würde den Rahmen eines Lehrbuchs sprengen. Gleichwohl werden bemerkenswerte rechtsvergleichende Entwicklungen ebenso einbezogen wie Zuständigkeits- und kollisionsrechtliche Fragen grenzüberschreitender Delikte.

Unter dem Einfluss des Unionsrechts wächst dem Deliktsrecht fast unmerklich Bedeutung im Verhältnis zum Vertragsrecht zu. Das Unionsrecht schafft kontinuierlich vorvertragliche Pflichten, die deliktsrechtlich durchgesetzt werden sollen und dadurch in unliebsame, unabgestimmte Konkurrenz zu Vertragsrechtsbehelfen treten. Diese rechtspolitische Entwicklung gilt es weiter zu beobachten.

Die deliktsrechtliche Haftung ist, von Gefährdungshaftungstatbeständen und Sonderstatbeständen abgesehen, an die Feststellung der Rechtswidrigkeit gebunden. Das ist nach wie vor auch rechtspolitisch zu begrüßen. Die Autoren dieses Werkes halten an der Konzeption des Erfolgsunrechts fest, wenn auch in der Modifikation der gefährdungsbezogenen Bestimmung des Rechtswidrigkeitsurteils, die vermittelnd einen Bogen zum Konzept des

Vorwort

Verhaltensunrechts schlägt. Die Rechtswidrigkeitskategorie ist für die Bestimmung von Verkehrspflichten unentbehrlich. Ihre Konkretisierung ist nicht nur im traditionellen Kernbereich der Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB bedeutsam, sondern wirkt auch in neue Haftungslagen hinein, wie sie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz von 2021 geschaffen hat.

Wohlfahrtsökonomischen Überlegungen steht das Werk zurückhaltend gegenüber, soweit sich mit ihnen der Präventionsgedanke verselbstständigt, auch wenn die ökonomische Analyse deliktsrechtlicher Normen rechtspolitische Desiderata sichtbar machen kann.

Neue Anforderungen an das Deliktsrecht stellen die vielfältigen Verletzungsmöglichkeiten im Internet. Abwehrrechtsschutz durch Anspruchsrealisierung (Unterlassung, Beseitigung) ist durch Reaktionen der Gesetzgeber (EU und national) und der Rechtsprechung ausdifferenziert worden. Bei der Beseitigung durch Löschung von Einträgen muss eine Balance zwischen den Rechten der von einer Meldung Betroffenen und der Meinungsäußerungsfreiheit der Nutzer, den Informationsrechten dritter Nutzer und den Unternehmensrechten der Informationsvermittler gefunden werden. Technische Möglichkeiten der Sperre des Internetzugangs erlauben eine verhältnismäßige Reaktion.

Wer nur als Vermittler von Informationen tätig wird, muss von einer Haftung zunächst freigestellt bleiben, was aus der langjährigen Praxis zu den Printmedien bereits bekannt war. Es fehlen aber trennscharfe Abgrenzungen zur Verantwortlichkeit wegen eigener Bereitstellung von Informationen und wegen Bearbeitung fremder Informationen. Detailliert nimmt das Werk zur Haftung mittelbarer Verletzer, auch »Störer« genannt, Stellung und deutet deren Verantwortlichkeit als Beteiligungsform für Abwehransprüche unter Überwindung der strafrechtsakzessorisch interpretierten Beteiligung nach § 830 BGB.

Das Werk befindet sich auf dem Stand von Rechtsprechung und Schrifttum im Sommer 2022. Insbesondere die sehr umfangreiche Gesetzgebungstätigkeit zum Ende der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist vollständig verarbeitet worden.

Im Juli 2022

Hans-Jürgen Ahrens

Andreas Spickhoff

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLVII

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Gegenstand, Begriff und Regelungsstandorte	1
§ 2. Entwicklung, System und Zwecke des Deliktsrechts	3
§ 3. Rechtsvergleichung, Unionsdeliktsrecht und europäische Rechtsvereinheitlichung	22

2. Teil. Allgemeine Lehren

§ 4. Grundstruktur der Haftungstatbestände	33
§ 5. Verhalten: Handlung und Unterlassung	38
§ 6. Kausalität und objektive Zurechnung	43
§ 7. Rechtswidrigkeit	83
§ 8. Verschulden	104
§ 9. Täterschaft und Teilnahme	129
§ 10. Mitverschulden, Ausschluss und Herabsetzung der Haftung	140

3. Teil. Haftungstatbestände

1. Abschnitt. Verschuldenshaftung

§ 11. Verletzung von Rechtsgütern und Rechten	155
§ 12. Die Verletzung eines Schutzgesetzes	184
§ 13. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung	201
§ 14. Verkehrspflichten	219
§ 15. Die verschuldensvermutenden Sondertatbestände	235

2. Abschnitt. Besondere Haftungslagen

§ 16. Arzthaftung	251
§ 17. Produzentenhaftung und Produkthaftung	275
§ 18. (Produkt-)Haftung bei Anwendung künstlicher Intelligenz	302
§ 19. Haftung für vernachlässigte IT-Sicherheit	308
§ 20. Äußerungsdelikte 1: Persönlichkeitsschutz	311
§ 21. Äußerungsdelikte 2: Unternehmens- und Berufskritik	339
§ 22. Äußerungsdelikte III: Rechtsfolgen	347
§ 23. Sonstiger Schutz von Persönlichkeitsrechten	352
§ 24. Verletzung einer Amtspflicht und Staatshaftung	359
§ 25. Haftung für Justizunrecht und rechtswidrigen Verfahrensbetrieb	370

3. Abschnitt. Haftungslagen im Wirtschaftsleben

§ 26. Anwendung des allgemeinen Deliktsrechts	397
§ 27. Verletzung von Rechten des Geistigen Eigentums	397
§ 28. Deliktische Haftung im Wettbewerbsrecht	403
§ 29. Haftung im Kapitalgesellschaftsrecht, Insolvenzrecht	413
§ 30. Haftung im Kapitalmarktrecht	424
§ 31. Haftung für Drittversagen in internationalen Lieferketten	437
§ 32. Zurechnung rechtswidrigen Verhaltens Dritter im Wirtschaftsleben	446
§ 33. Deliktshaftung zur Durchsetzung von Marktverhaltensnormen	455

Inhaltsübersicht

4. Abschnitt. Gefährdungshaftung

§ 34. Theorie der Gefährdungshaftung	461
§ 35. Gefährdungshaftung wegen Tiergefahr	470
§ 36. Gefährdungshaftung für Land- und Luftfahrzeuge	478
§ 37. Gefährdungshaftung wegen Energieentfaltung	492
§ 38. Umwelthaftung	498
§ 39. Gefährdungshaftung wegen Wasserveränderung oder Bergbaus	506
§ 40. Gefährdungshaftung wegen Arzneimittelherstellung und Gentechnik	512

5. Abschnitt. Objektive Einstandshaftung

§ 41. Notstand, Aufopferung fremder und eigener Rechtsgüter	524
---	-----

4. Teil. Rechtsfolgen der Haftung

1. Abschnitt. Schadensrecht

§ 42. Grundzüge des gesetzlichen Schadensersatzes	533
§ 43. Personenschaden	552
§ 44. Sachschaden	562
§ 45. Schmerzensgeld: Haftungsgrund	572
§ 46. Schmerzensgeld: Haftungsumfang, Bemessung	586

2. Abschnitt. Abwehransprüche

§ 47. Grundsatzfragen des Abwehrrechtsschutzes	600
§ 48. Unterlassung und Beseitigung	610
§ 49. Abwehr deliktischen Handelns von Diensteanbietern im Internet	621

5. Teil. Rechtsdurchsetzung

§ 50. Besonderheiten des Deliktsprozesses	631
§ 51. Darlegungs- und Beweislast, Beweismaß	638
§ 52. Verjährung und Verwirkung	647

6. Teil. Haftungsersetzung und Regress

§ 53. Ablösung der Haftung durch Unfallversicherungsschutz	653
§ 54. Rückgriff bei Dritteleistungen	659

7. Teil. Grenzüberschreitendes und ausländisches Delikt

§ 55. Internationale Tatortzuständigkeit	667
§ 56. Internationales Deliktsrecht	687
Sachverzeichnis	707

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLVII

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Gegenstand, Begriff und Regelungsstandorte	1
I. Begriff und Gegenstand	1
II. Regelungsstandort und Fernwirkungen	2
§ 2. Entwicklung, System und Zwecke des Deliktsrechts	3
I. Entstehungsgeschichte	3
II. Gründe der Schadenstragung	5
1. Grundsatz: Schadenszuständigkeit des Rechtsgutträgers	5
2. Zurechnung als Haftungsbegründung	6
3. Gründe der Schadenshaftung	6
a) Verschuldenshaftung	6
b) Gefährdungshaftung	7
c) Billigkeithaftung	8
d) Aufopferung	8
e) Selbstopferung	8
III. System der Haftungsgründe	9
1. §§ 823 Abs. 1, 826 BGB als stilprägende Normen des deutschen Deliktsrechts?	9
2. § 823 Abs. 2 BGB als »Grundnorm« des deutschen Deliktsrechts?	12
3. Die Eigenständigkeit der »kleinen deliktsrechtlichen Generalklauseln«	12
IV. Entwicklung	13
1. Ausdehnung der geschützten Interessen	13
2. Ausdehnung der vertraglichen oder vertragsähnlichen Haftung	13
3. Verfassungsrecht und Deliktsrecht	14
a) Dogmatischer Ausgangspunkt	14
b) Erscheinungsformen	15
4. Unionsrechtliche Einflüsse	16
V. Zwecke des Deliktsrechts	17
1. Ausgleichsfunktion	17
2. Präventionsfunktion und ökonomische Analyse	18
3. Weitere mögliche Funktionen	20
4. Zwecke des Delikts- und des Strafrechts	20
5. Konsequenzen der unterschiedlichen Zwecksetzungen von zivilem Haftungs- und Strafrecht	21
a) Vorwerfbarkeit als Sanktionsvoraussetzung	21
b) Allgemeine Lehren	22
§ 3. Rechtsvergleichung, Unionsdeliktsrecht und europäische Rechtsvereinheitlichung	22
I. Deliktsrechtliche Generalklauseln und Einzeltatbestände	23
1. Verschuldenshaftung	23
2. Gefährdungshaftung	24
3. Weitere Typen der Haftungsgründe und Verschleifungen	25
III. Unionsdeliktsrecht: Entwicklungstendenzen	26
1. Entwicklung des Deliktskollisionsrechts	26
2. Entwicklungsstufen der Europäisierung im Zivilrecht	27
a) Europäisches Zivilprozessrecht für Fälle mit Auslandsbezug	28

Inhaltsverzeichnis

b) Europäisches Internationales Privatrecht	28
c) Sachrechtsvereinheitlichung	28
3. Europäisches Internationales Deliktsrecht und materielles Haftungsrecht	28
a) Zur Qualifikation des Verschuldens bei Vertragsverhandlungen	29
b) Internationales und sachliches europäisches Produkthaftungsrecht	31
IV. Umfassende Deliktsrechtsvereinheitlichung in der EU	31

2. Teil. Allgemeine Lehren

§ 4. Grundstruktur der Haftungstatbestände	33
I. Tatbestandsnorm und Rechtsfolgennorm	33
II. Spezifische Tatbestandsmerkmale	33
III. Aufbau des Haftungsgrundes der Verschuldenshaftung	34
1. Tatbestand	34
2. Rechtswidrigkeit	34
3. Verschulden	34
IV. Aufbau des Haftungsumfanges	35
1. Schaden	35
2. Kausalität und objektive Zurechnung	35
V. Aufbauschema	36
VI. Ausnahmen	37
1. Schaden als Tatbestand	37
2. Unabgegrenzte Tatbestände: Verschleifung von Tatbestand und Rechtswidrigkeit ..	37
3. Mittelbare Verletzungen und Unterlassungen	37
VII. Mitverschulden	37
VIII. Verjährung	38
§ 5. Verhalten: Handlung und Unterlassung	38
I. Verhalten als Grunderscheinung des Tatbestandes	38
1. Verhalten und Zurechnung	38
2. Typen des Verhaltens	39
II. Handlung	40
III. Unterlassung	40
IV. Kriterien der Abgrenzung von Handlung und Unterlassung	41
V. Verkehrspflicht und Unterlassen	43
§ 6. Kausalität und objektive Zurechnung	43
I. Naturgesetzmäßig-faktische Kausalität als Basis der Zurechnung	44
1. Grundlagen	44
2. Wertfreiheit	46
3. Psychisch vermittelte Kausalität	47
4. Kausalität und Unterlassen	48
5. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	48
a) Haftungsbegründende Kausalität	49
b) Haftungsausfüllende Kausalität	49
II. Wertende Zurechnungskriterien	49
1. Normzwecke	49
2. Der Schutzbereich von Verhaltensnormen	50
a) Der Schutzbereich von Schutzgesetzen	50
b) Schutzbereich der Verhaltensnorm als allgemeiner Grundsatz	52
c) Der abschließende Charakter von Rechtsgebieten außerhalb des Haftungs-	
rechts	54
3. Adäquanz	55
a) Inhalt und Bedeutung	56
b) Grund	57
c) Haftungsbegründende Zurechnung (§ 823 Abs. 1 BGB)	58
d) Adäquanz und der Schutzbereich von Verhaltensnormen	59
e) Gefährdungshaftung	59

Inhaltsverzeichnis

f) Vorsatzdelikte	60
g) Gesetzliche Sonderregelungen: §§ 287 S. 2, 848 BGB	61
4. Gefahrenbereichslehre und Prinzip des erhöhten Risikos	61
5. Psychische und psychisch vermittelte Schädigungen	63
a) Psychische Gesundheitsverletzungen	63
b) Schockschäden	65
c) Zur Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs: Grundsatz und Einschränkungen	68
III. Sonderformen des Kausalzusammenhangs	71
1. Kumulative Kausalität	71
2. Addierte Kausalität	71
3. Überholende (»hypothetische«) Kausalität (Reserveursache)	71
4. Rechtmäßiges Alternativverhalten	72
a) Gegenstand und Abgrenzung	72
b) Rechtswidrigkeit, Normzweck und Rechtsfolge	73
c) Fallgruppen	74
5. Einschränkung der Zurechnung wegen Unverhältnismäßigkeit der Haftung?	76
IV. Der Beweis von Kausalität und Zurechnung	77
1. Verlust einer Chance	77
a) Vertragliche Haftung und Haftungsausfüllung	77
b) Deliktsrechtliche Bedeutung und »Rentenneurose«	79
2. Alternative Kausalität	80
3. Zum Beweismaß bei der Feststellung der Kausalität	81
§ 7. Rechtswidrigkeit	83
I. Entwicklung im In- und Ausland	84
II. Definition und Quellen der Rechtswidrigkeit	85
1. Begriff	85
2. Quellen	85
III. Gegenstand	85
IV. Die Rechtswidrigkeit und Struktur der Deliktstatbestände	85
1. Relevanz	86
2. Erfolgs-, gefährdungs- und verhaltensbezogene Rechtswidrigkeit	86
a) Der Ausgangsfall BGHZ 24, 21 = NJW 1957, 785	86
b) Konsequenzen für die tatbestandliche Strukturierung	88
c) Gründe der erfolgs- bzw. gefährdungsbezogenen Unrechtskonzeption	89
d) Der Bereich der verhaltensbezogenen Rechtswidrigkeit: Unterlassung und Verkehrspflichten	90
e) Die sog. subjektiv gefärbte Rechtswidrigkeit	91
f) Die sog. Rahmenrechte	92
g) Zusammenfassung	92
h) Verhältnis der Rechtswidrigkeiten zueinander	93
i) Rechtswidrigkeit, Verhalten und Zustand	93
VI. Rechtfertigung	93
1. Rechtswidrigkeit und Rechtfertigung	93
a) Grundsatz	93
b) Rechtfertigung bei den Arten der Rechtswidrigkeit	93
2. Übergreifende Wirkung der Rechtfertigungsgründe auf andere Rechtsgebiete	94
3. Abwehrrechte	95
a) Notwehr	95
b) Defensiver Notstand	96
4. Pflicht oder Recht zum Eingriff	97
a) Eingriffspflicht	97
b) Aggressiver Notstand	97
c) Selbsthilfe	98
d) Wahrnehmung berechtigter Interessen	99
e) Einwilligung	99
5. Konkrete Rechtfertigung	101
a) Güterabwägung	101

Inhaltsverzeichnis

b) Allgemeiner Notstand	102
c) Sozialadäquanz	102
d) Gutgläubiger Erwerb	103
VII. Beweislast	103
§ 8. Verschulden	104
I. Verschulden als haftungsbegründende Voraussetzung	105
1. Vorsatz	105
a) Bandbreite des Vorsatzbegriffs	105
b) Definition des Vorsatzes	106
c) Bezugspunkte des Vorsatzes	106
d) Irrtum	107
2. Fahrlässigkeit	108
a) Entwicklung und Definition	108
b) Fahrlässigkeit als Sorgfaltsverstoß	109
c) Struktur der Fahrlässigkeit	109
d) Der objektiv-typisierte Sorgfaltsmaßstab	111
e) Der subjektiv-individuelle Sorgfaltsmaßstab als Ausnahme	112
f) Fahrlässigkeit und Irrtum	113
g) Übernahmeverschulden, einleitende Fahrlässigkeit	114
h) Gegenstände des Verschuldens im Deliktsrecht	114
3. Sonderformen der Fahrlässigkeit	115
a) Grobe Fahrlässigkeit	115
b) Konkrete Fahrlässigkeit und eigenübliche Sorgfalt	116
4. Zufall und höhere Gewalt	117
II. Verschuldensfähigkeit und subsidiäre Billigkeithaftung	117
1. Übergreifende Wirkung der Zurechnungsfähigkeit und der Entschuldigungsgründe?	117
2. Zurechnung und persönliche Fähigkeit	118
a) Zurechnungsfähigkeit	118
b) Anwendungsbereich der Regeln zur Zurechnungsfähigkeit	118
c) Typen der Zurechnungsunfähigkeit	119
aa) Kinder	119
bb) Unfälle mit Fahrzeugen	119
cc) Konkrete Einsichtsfähigkeit Minderjähriger	121
dd) Krankhafte Störung der Geistestätigkeit	121
ee) Bewusstlose	122
d) Die »erweiterte« Actio libera in causa	122
3. Subsidiäre Billigkeithaftung	124
a) Zweck	124
b) Tatbestandliche Voraussetzungen	124
c) Billigkeitserfordernisse	125
d) Anrechnung der Haftpflichtversicherung?	126
e) Keine Entziehung erforderlicher Mittel	127
f) Rechtsfolge	127
g) Anwendungsbereich der Norm	127
4. Unzumutbarkeit als Entschuldigungsgrund	129
§ 9. Täterschaft und Teilnahme	129
I. Kausalität, Verschulden, Mitverantwortung	130
1. Mitverantwortung und Gesamtschuld	130
2. Ersetzung der Kausalität durch Verschulden	130
II. Nebentäterschaft	130
1. Voraussetzungen der Nebentäterschaft	130
2. Rechtsfolgen und Ausgleich im Innenverhältnis	131
III. Mittäterschaft	131
1. Vorsätzliche Mittäterschaft	131
2. Fahrlässige Mittäterschaft?	132
IV. Teilnahme	132

Inhaltsverzeichnis

1. Anstiftung	132
2. Beihilfe	133
3. Nachtatliche Teilnahme	134
V. Alternativtäterschaft	135
1. Zweck und Rechtsnatur	135
2. Voraussetzungen	136
a) Haftungsgereignetes Verhalten jedes Beteiligten	136
b) Sichere Ursächlichkeit eines der Beteiligten	136
c) Unaufklärbarkeit des Ursachenzusammenhangs	137
d) Eignung des Verursachungsbeitrags des Beteiligten	137
e) Begriff der Beteiligung	138
3. Kettenunfälle	139
4. Analoge Anwendung des § 830 Abs. 1 S. 2 BGB	139
VI. Rechtsfolge der Haftung mehrerer	140
1. Gesamtschuldnerische Haftung	140
2. Rückgriff im Gesamtschuldverhältnis	140
§ 10. Mitverschulden, Ausschluss und Herabsetzung der Haftung	140
I. Mitverschulden	141
1. Entwicklung und Funktion	141
2. Verschulden gegen sich selbst und Obliegenheitsverletzung	141
3. Struktur des Mitverschuldens: Tatbestand, Obliegenheitswidrigkeit, Verschulden	143
4. Mitwirkende Betriebsgefahr	144
5. Kriterien der Abwägung beim Mitverschulden	144
6. Schutzbereich des Mitverschuldens	145
7. Rechtsfolge	145
8. Gesamtschuldnerausgleich	145
II. Handeln auf eigene Gefahr	146
1. Entwicklung und dogmatisches Fundament	146
2. Fallgruppen, insbesondere: Sportverletzungen	146
3. Rechtsfolge	149
III. Einschränkung und Ausschluss der Haftung	149
1. Einschränkung und Ausschluss der Haftung kraft Gesetzes bzw. kraft objektiver Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen	149
a) Sozialversicherungs- und beamtenrechtliche Einschränkungen	149
b) Gefälligkeitsverhältnisse	150
c) Besondere Risikoverhältnisse	150
d) Zur Frage einer Haftungsbeschränkung aus Gründen der Wissenschaftsfreiheit	152
2. Freizeichnung durch Individualabrede	153
3. Freizeichnung in allgemeinen Geschäftsbedingungen	153
4. Freizeichnung durch Anschlag, Schild oder Aufdruck	153
IV. Allgemeines Lebensrisiko	154

3. Teil. Haftungstatbestände

1. Abschnitt. Verschuldenshaftung

§ 11. Verletzung von Rechtsgütern und Rechten	155
I. Rechtsgüter	156
1. Leben	156
2. Körper	157
3. Gesundheit	160
4. Zum Verhältnis von Körper- und Gesundheitsverletzung	161
5. Freiheit	162
II. Eigentum und abgegrenzte absolute Rechte	163
1. Eigentum	163
a) Begriff	163
b) Sachentziehung	163

Inhaltsverzeichnis

c) Substanzverletzung	164
d) Zuordnungsverletzung	164
e) Funktionsverletzung	165
f) Besonderheiten des Rechtswidrigkeitsurteils	166
g) Eigentümer-Besitz-Verhältnis und Delikt	166
h) »Weiterfresser-« und Herstellungsschäden	167
2. Absolute sonstige Rechte	170
a) Charakteristika	170
b) Sonstige Rechte als absolute subjektive Rechte	172
III. Sog. Rahmenrechte	175
1. Recht am Unternehmen bzw. am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	176
2. Persönlichkeitsrecht	178
§ 12. Die Verletzung eines Schutzgesetzes	184
I. Funktionen der Haftung wegen Schutzgesetzverletzung	185
II. Bestimmtheit und dynamische Verweisung	187
III. Zur Schutzgesetzqualität von Normen	188
1. Gesetz	188
2. Den Schutz eines anderen bezweckende Gesetze	189
a) Ge- bzw. Verbotscharakter	190
b) Genereller Individualschutzcharakter	190
c) Bestimmtheit	191
d) »Schadensersatzzweck« des Schutzgesetzes?	192
e) Tragbarkeit der Haftung und haftpflichtrechtliches Gesamtsystem	192
3. Typen von Schutzgesetzen	193
a) Abstrakte Gefährdungsnormen	193
b) Konkrete Gefährdungsnormen	193
IV. Der Verstoß gegen das Schutzgesetz	193
1. Allgemeines	193
2. Verschulden und Schutzgesetz	194
3. Sonstige Strafbarkeits- oder Strafverfolgungsvoraussetzungen	195
V. Zurechnungszusammenhang und Schutzbereich	196
1. Kausalität	196
2. Schutzbereich des Schutzgesetzes	196
3. Adäquate Kausalität und andere Zurechnungskriterien	198
4. Der Beweis der Kausalität	199
VI. Die Rechtswidrigkeit der Schutzgesetzverletzung	200
VII. Die schuldhaftige Schutzgesetzverletzung	200
§ 13. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung	201
I. Funktionen des Haftungstatbestandes	202
1. »Kleine« Generalklausel	202
2. Besondere Zwecke	202
II. Tatbestand	203
1. Sittenwidriges Verhalten: Definition und Grundtypen	203
2. Schadenszufügung und Schutzbereich	206
3. Subjektiver Tatbestand	207
a) Vorsatz	207
b) Irrtum	208
c) Unternehmerische Wissens- oder Vorsatzzurechnung	209
4. Täterschaft und Teilnahme	210
III. Fallgruppen	211
1. Täuschung	211
2. Kollusion zum Nachteil Dritter	212
3. Gläubigergefährdung	212
4. Kritik und unangemessene Äußerungen	213
5. Treuwidriges Verhalten	213
6. Verleitung zum Vertragsbruch	213

Inhaltsverzeichnis

7. Sittenwidrig schädigendes Verhalten im Verein	214
8. Missbrauch einer Monopolstellung	214
9. Rechtsmissbrauch	214
10. Ausnutzung einer formalen Rechtsposition	215
11. Grob unfaire Maßnahmen im Arbeitskampf	215
12. Verletzung von Berufs-, Standes- oder Wettbewerbsbeschränkungsregeln	215
13. Verletzung von Grundrechten	215
14. Existenzvernichtung	216
15. Kapitalanlagevermittlung	216
16. Sittenwidriges Verhalten in Familie und persönlicher Beziehung	217
IV. Rechtsfolgen	218
1. Unterlassung und Schadensersatz	218
2. Einwand der Sittenwidrigkeit (exceptio doli)	219
§ 14. Verkehrspflichten	219
I. Allgemeines	220
1. Verkehrssicherungspflicht und Verkehrspflicht als »mittelbar« verletzendes delikt- erhebliches Verhalten (Tun oder Unterlassen)	220
2. Die prinzipielle »Zugehörigkeit« von Verkehrspflichten zu den §§ 823 ff. BGB	220
3. Standort, Einordnung und Funktionen der Verkehrspflicht	221
II. Kriterien von Verkehrspflichtverletzungen	222
1. Allgemeines	222
2. Gefahr	223
3. Erforderlichkeit der Einhaltung der Verkehrspflicht	223
4. Zumutbarkeit der Maßnahme	223
5. Vertrauensgrundsatz	224
6. Verletzung durch Unterlassen oder Handeln	224
7. Geschützte Interessen	224
III. Verkehrspflicht, Verschulden und Beweis des Verschuldens	225
IV. Fallgruppen der Verkehrspflichtverletzung	226
1. Straßenverkehr, Wege und Zugänge	226
2. Eisenbahn und Nahverkehr	226
3. Sport	227
4. Sonstige Veranstaltungen	228
5. Öffentlich zugängliche Plätze (Kirchen, Friedhöfe, Gaststätten)	228
6. Treppe, Gebäude und Garten	229
7. Spielplätze, Freizeitparks	229
8. Berufliche und unternehmerische Sphäre	229
9. Missbrauch	230
10. Haftung gegenüber unbefugten Benutzern	230
11. Baustellen	231
12. Streupflichten	231
V. Gefahrhinweise statt Gefahrabwendung	232
VI. Passivlegitimation, Delegation und Entlastungsbeweis	232
VII. Verkehrspflicht als Amtspflicht	233
VIII. Schutzbereich der Verkehrspflicht	234
IX. Anschein der Kausalität	235
§ 15. Die verschuldensvermutenden Sondertatbestände	235
I. Grundlage und Ausgestaltung	235
II. Gehilfenhaftung	236
1. Stellung im Gesetz und Parallelen	236
2. Verrichtungsgehilfe und Prinzipal	237
3. Ausführung der Verrichtung	238
4. Widerrechtliche Schadenszufügung	239
5. Möglichkeiten des Exkulpationsbeweises	240
a) Sorgfalt bei Auswahl und regelmäßiger Überwachung	240
b) Sorgfalt bei Arbeitsmitteln und Leitung	240

Inhaltsverzeichnis

c) Unerheblichkeit sorgfaltswidrigen Verhaltens	241
d) Dezentralisierter Entlastungsbeweis	241
e) Entlastungsbeweis bei verschärfter Haftung	241
6. Einschränkung der Gehilfenhaftung durch Versicherung und Freistellungs- anspruch	242
7. Vertragliche Übernahme	242
8. Organisationspflicht und Gehilfenhaftung	243
9. Analoge Anwendung des Rechtsgedankens	243
10. Rechtspolitik	243
III. Aufsichtshaftung	244
1. Zweck und Rechtspolitik	244
2. Tatbestand	245
3. Entlastungsbeweis	245
IV. Tieraufsichtshaftung	246
1. Haustierhalterhaftung	246
2. Tierhüterhaftung	247
V. Gebäudehaftung	248
1. Allgemeines	248
2. Tatbestand	249
3. Entlastung	250
2. Abschnitt. Besondere Haftungslagen	
§ 16. Arzthaftung	251
I. Grundlagen und Relevanz des Deliktsrechts	252
II. Fern(rück)wirkungen des Behandlungsvertragsrechts auf das Deliktsrecht	253
III. Behandlungsfehler und Fehlertypen	254
IV. Einwilligung und die sog. Selbstbestimmungsaufklärung	258
1. Grundlagen	258
2. Einwilligung: Rechtsnatur und Einwilligungsfähigkeit	259
3. Selbstbestimmungsaufklärung	261
4. Entbehrlichkeit der Information des Patienten	265
V. Beweisrechtliche Besonderheiten zugunsten der Patienten	266
1. Grundsatzfragen	266
2. Behandlungsfehlervermutung bei »voll beherrschbarem Behandlungsrisiko«	267
3. Beweis von Einwilligung und Aufklärung	268
4. Unzureichende Dokumentation und Beweislastumkehr	268
5. Vermutung der Kausalität unzureichender Befähigung	270
6. Kausalitätsvermutung bei groben Behandlungsfehlern und einfachen Befund- erhebungsfehlern	270
VI. Das Sonderproblem des Kindesunterhalts als Schaden	271
1. Verfassungsrechtliche Ausgangsdifferenzen	271
2. Unerwünschte Geburt (wrongful birth)	272
3. Unerwünschtes Leben (wrongful life)	274
§ 17. Produzentenhaftung und Produkthaftung	275
I. Terminologie und Rechtsgrundlagen	276
1. Haftungsansatz: Produzentenfehler oder Produktfehler	276
2. Vertragsansprüche	276
3. Allgemeines Deliktsrecht	277
a) Herstellerspezifische Verkehrspflicht mit Beweislastumkehr	277
b) Funktionen der Umkehr von Darlegungs- und Beweislast	277
c) Beweis von Sicherheitsdefizit und Herstellerpflichtverletzung	278
4. ProdHaftG	278
II. Produktsicherheitsrecht	278
1. Öffentlich-rechtliche Grundlagen mit Präventionswirkung	278
2. Pflichtenprogramm	279
a) Sicherheitsanforderungen	279
b) Informationspflichten	280

Inhaltsverzeichnis

c) Kennzeichnungen, Zertifizierungen	280
d) Kontrolle ausgelieferter Produkte, Rückruf	281
3. Qualitätssicherung	281
4. Verhältnis von Sicherheitsrecht zum Haftungsrecht	282
a) Schwäche des Ex-ante-Urteils	282
b) Selbstständigkeit des Haftungsrechts	283
c) Vorteile von Schutzgesetzen	283
5. Produktbenutzung	283
III. Haftung des Herstellers nach § 823 Abs. 1 BGB	284
1. Verkehrspflichten	284
a) Sicherheitsdefizit (Fehler) und Zeitbezug	284
aa) Abwägungserfordernis	284
bb) Differenzierung von Fehlertypen	284
cc) Inverkehrgabe als zeitlicher Bezugspunkt	285
b) Fehlverhalten	285
aa) Zergliederung der Herstellungsphasen und der Vermarktung	285
bb) Konstruktionsfehler	286
cc) Fabrikationsfehler	286
dd) Instruktionsfehler	286
ee) Entwicklungsfehler	287
2. Kausal- und Rechtswidrigkeitszusammenhang	287
3. Beweislastverteilung	288
a) Geschädigter	288
b) Hersteller	288
4. Produktbeobachtungspflicht und Produktrückruf	289
a) Haftungsgrund	289
aa) Sich wandelnde Gefahrenlagen	289
bb) Verkehrspflichtbegründung	289
b) Informationsbeschaffung und Informationsauswertung	290
aa) Aktive und passive Beobachtung	290
bb) Beobachtung fremder Produkte	290
c) Herstellerreaktionen	291
5. Haftungsschuldner	292
6. Schutzbereich der Produzentenhaftung	292
a) Wirksamkeit des Produkts	292
b) Kaufvertraglicher Schutz des Käufers einer Ware (»Weiterfressermängel«)	292
c) Prozesskosten	293
7. Lieferkettenregress	293
IV. Produkthaftungsgesetz	293
1. Unionsrechtliche Produkthaftung	293
2. Haftungsgrund	294
a) Fehler	294
aa) Fehlergliederung	294
bb) Objektivierung als äußerer gesetzestechnischer Ansatz	294
cc) Normativer Standard	295
dd) Vertretbarkeit der Gefahr	295
ee) Ausrichtung der Sicherheitserwartung	296
ff) Fehlerhafte ex post-Bewertung	297
gg) Produktbeobachtung	297
b) Relevante Produkte	297
c) Herstellereigenschaft	297
d) Beweis	298
3. Anspruchsberechtigter	299
4. Enthafungsgründe	299
a) Fremdverantwortung	299
b) Zwingende Vorgaben	300
c) Entwicklungsrisiko	300
5. Relevanter Schaden, Haftungsumfang	300
6. Zeitliche Grenzen	301

Inhaltsverzeichnis

V. Arzneimittelhaftung	301
VI. Konkurrenzen	301
1. Allgemeines Deliktsrecht und ProdHaftG	301
2. Arzneimittelhaftung und ProdHaftG	302
3. Gentechnische Erzeugnisse	302
4. Vertragsrecht	302
§ 18. (Produkt-)Haftung bei Anwendung künstlicher Intelligenz	302
I. Besonderheiten von Softwaresteuerung	303
II. Rechtliche Lücken	304
1. Unionsrecht	304
2. Nationales Haftungsrecht	305
III. Teilregelung des StVG	306
IV. Rechtspolitik	306
1. Produktsicherheit	306
2. Haftungsregime	307
3. Dokumentationspflichten	308
§ 19. Haftung für vernachlässigte IT-Sicherheit	308
I. Rechtsgüterschutz durch funktionierende Informationstechnik	308
II. Rechtsgrundlagen der Sicherheitsarchitektur	309
1. Überblick	309
2. Unternehmenspflichten	309
III. Schutzzwecke	310
IV. Wirkungen des Vertragsrechts für digitale Produkte	310
§ 20. Äußerungsdelikte 1: Persönlichkeitsschutz	311
I. Besonderheiten der Äußerungsdelikte	312
1. Begriff des Äußerungsdelikts	312
2. Grundrechtsschutz im Kommunikationszusammenhang	312
a) Persönlichkeitsrechte, Eigentumsschutz	312
b) Kommunikationsfreiheiten des GG	313
c) EMRK; Grundrechte Charta der EU	313
aa) Potenzielle Divergenzen zum GG	313
bb) Grundrechtsprüfung im Mehrebenensystem der Union	314
d) Abwägungserfordernis	315
3. Grundlegende Unterscheidungen	316
a) Tatsachenbehauptungen und Werturteile	316
aa) Unterschiedliche Schutzbereichweite	316
bb) Abgrenzung von Tatsachen und Meinungen	317
cc) Auslegung	317
dd) Beweis zugänglichkeit von Tatsachen; Beweis der Wahrheit	318
ee) Grenze der Schmähkritik, der Formalbeleidigung und der Verletzung der Menschenwürde	318
b) Wahrnehmung berechtigter Interessen	320
II. Personbezogene Äußerungen und Publikationen	320
1. Anspruchsgrundlagen	320
a) Beleidigung und üble Nachrede, Volksverhetzung	320
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	321
aa) Abwägungserfordernis	321
bb) Einteilung von Schutzbereichen	321
cc) Verhältnis zum Datenschutz	322
dd) Postmortaler Persönlichkeitsschutz	323
ee) Personbetroffenheit als Teil eines Kollektivs	323
2. Eingriffssachverhalte	323
a) Tatsachenbehauptungen	323
b) Romane, Theaterstücke, Filme, künstlerische Bilder	324
c) Internetveröffentlichungen	325
d) Kritik an Amtshandlungen und Amtsträgern	326

Inhaltsverzeichnis

3. Behaupten und Verbreiten	326
4. Bildnisschutz	327
a) Rechtsgrundlagen	327
b) Schutzkonzept	328
5. Berichterstattung über Straftaten und sonstiges Fehlverhalten; Archivspeicherung	331
a) Abhängigkeit des Schutzes vom Verfahrensstand	331
b) Verdachtsberichterstattung	331
c) Archivierung	333
6. Sorgfalt der Recherche	335
7. (Unterlassungs-)Haftung von Suchmaschinen- und Internetportalbetreibern	335
8. Glosse, Satire, Karikatur	338
§ 21. Äußerungsdelikte 2: Unternehmens- und Berufskritik	339
I. Rechtsgrundlagen	339
1. Recht am Unternehmen, Erwerbsschädigung	339
2. UWG	340
3. Boykottaufruf	340
4. Urteilsveröffentlichung	341
II. Erwerbsschädigung durch unwahre Tatsachenbehauptungen	341
1. Unternehmensbezug	341
2. Unrichtige Tatsache	342
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen	342
4. Schadensersatz	342
III. Untersagung wahrer Tatsachenbehauptungen	342
IV. Besonderheiten von Waren- und Dienstleistungstests; Rankinglisten; vergleichende Werbung	343
1. Testveröffentlichungen	343
2. Bewertungsportale, Rezensionen	344
3. Vergleichende Werbung	345
4. Rankinglisten	345
V. Abmahnungen, Verwarnungen	346
§ 22. Äußerungsdelikte III: Rechtsfolgen	347
I. Abwehransprüche	347
1. Unterlassung, Beseitigung	347
a) Rechtsgrundlagen	347
b) Anspruchsgegner	347
c) Begehungsgefahr	347
d) Tenorierung	348
2. Richtigstellung, Widerruf, eingeschränkter Widerruf	348
a) Beweisfragen	348
b) Zwangsvollstreckung	349
c) Platzierung des Widerrufs	349
3. Gegendarstellung	349
4. Selbstbeseitigung des Gläubigers durch Zeitungsanzeige	350
II. Geldersatz	350
1. Vermögensschaden, Bereicherungsausgleich	350
2. »Schmerzensgeld«	350
III. »Handgreifliche« Abwehrhandlungen	352
§ 23. Sonstiger Schutz von Persönlichkeitsrechten	352
I. Kommerzielle Verwertung von Persönlichkeitsrechten	352
1. Rechtsschutz des lebenden Rechtsträgers	352
2. Postmortaler Schutz	354
a) Kommerzielle Nutzung	354
b) Totensorge	354
c) Abbildung Verstorbener	355
II. Unwürdige Haftunterbringung	355
III. Diskriminierungsverhalten, Mobbing, Stalking, private Fahndungsaufrufe	356

Inhaltsverzeichnis

1. Diskriminierung	356
2. Mobbing	356
3. Private Verfolgung (Stalking), Fahndungsaufrufe	357
4. Bildaufnahmen des Intimbereichs	357
IV. Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung	357
V. Zusendung unerbetener E-Mails	358
VI. Rechtswidrige Beschaffung sendefähigen Bildmaterials	359
§ 24. Verletzung einer Amtspflicht und Staatshaftung	359
I. Systematik und Entwicklung	359
1. Amtshaftung und Haftung des Staates	359
2. Von der Beamtenhaftung zur Haftung der öffentlichen Hand	361
3. Kritik der Amtshaftungskonstruktion	361
4. Unmittelbare Staatshaftung	361
II. Haftung für die Verletzung einer Amtspflicht	362
1. Amtspflichtverletzung als Blanketttatbestand	362
2. Tatbestandsmerkmal Beamter; Ausübung eines öffentlichen Amtes	363
3. Verletzung einer Amtspflicht	363
4. Schutzzweck und Schutzbereich der Amtspflicht	364
5. Verschulden	365
III. Ausnahmen von der Haftung	366
1. Verweisungsprivileg (Subsidiaritätsklausel)	366
2. Vorrang des Primärrechtsschutzes	367
3. Spruchrichterprivileg	368
4. Haftungsbeschränkung	368
IV. Haftungsschuldner	368
V. Inhalt des Amtshaftungsanspruchs	369
VI. Prozessuale Besonderheiten	369
§ 25. Haftung für Unrecht und rechtswidrigen Verfahrensbetrieb	370
I. Haftung für unrichtige Entscheidungen	370
1. Vorrang verfahrensinterner Korrektur; Rechtskraftbindung	370
a) Materielle Rechtskraft inter partes	370
b) Vereitelung der Effektivität des Unionsrechts	370
2. Amtspflichtverletzung von Richtern, Staatsanwälten und sonstigen Justizangehörigen, § 839 BGB	371
a) Haftungsvoraussetzungen	371
b) Haftungsschuldner, Spruchrichterprivileg	371
3. Judikatives Unrecht bei der Anwendung von Unionsrecht	372
II. Amts- und Staatshaftung für Verfahrensverzögerungen	373
1. Unmittelbare Staatshaftung	373
2. Konkurrierende Amtshaftung	375
3. Insbesondere: strafrechtliche Ermittlungsverfahren	375
a) Hinzunehmende »Normalbelastung«	375
b) Gebot gesteigerte Beschleunigung	375
aa) Haftsachen	375
bb) Drohende Vermögensschäden	376
cc) Prangerwirkung medialer Berichterstattung	376
c) Ausgleich bei Missachtung des Beschleunigungsgebotes	376
aa) Innerverfahrensrechtlicher Ausgleich	376
bb) Entschädigung	376
III. Amtspflichten der Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Verfahrensdurchführung	377
1. Anfangsverdacht	377
2. Umfang der Untersuchung	377
3. Anklageerhebung	377
IV. Haftung für unrichtige Sachverständigengutachten	378
1. Haftung nach §§ 823 Abs. 1 und 2, 826 BGB	378
a) Amtshaftung	378
b) § 823 Abs. 1 BGB	378

Inhaltsverzeichnis

c) § 823 Abs. 2 BGB	379
d) § 826 BGB	379
2. Rechtspolitisches Petitem: Beschränkung der Haftung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	380
3. Haftung nach § 839a BGB	381
a) Immunität des Sachverständigen	381
b) Ausgestaltung des § 839a BGB	381
aa) Sorgfaltsmaßstab	381
bb) Entscheidungs- und Schadensursächlichkeit	381
cc) Schuldner	382
dd) Anspruchsberechtigte	382
ee) Vorrang des Primärrechtsschutzes	382
ff) Sachverständigenbeweis vor dem EPG	383
4. Unterlassung und Widerruf von Gutachteräußerungen	383
V. Erteilung öffentlicher Verfahrensinformationen	384
1. Informationszwecke, Verhältnismäßigkeit der Information	384
2. Erzeugung von Fehlvorstellungen	385
3. Störungsbeseitigung durch Richtigstellung	386
a) Maßnahmen der Staatsanwaltschaft	386
b) Beseitigungsanspruch des Beschuldigten	386
c) Rechtsweg	386
4. »Schmerzensgeld«	387
VI. Haftung für das Betreiben von Verfahren durch Prozessparteien und Anzeigerstatter	387
1. Haftung des Klägers im Zivilprozess	387
a) Verfahrensinhärente Sicherung der Parteirechte	387
b) § 826 BGB	388
c) Einstweilige Verfügungsverfahren, vorläufige Vollstreckbarkeit	389
2. Unberechtigte Verwarnung und Abmahnung	389
a) Schutzrechtsverwarnung	389
b) Anwaltschaft für Schutzrechtsverwarnung	390
c) Wettbewerbsrechtliche Abmahnung	390
3. Schutz unbeteiligter Dritter, Zwangsvollstreckung in das Vermögen Dritter	391
4. Ingangsetzen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens oder eines behördlichen Verfahrens	392
5. Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen	392
VII. Die Privilegierung der Äußerungen von Prozessbeteiligten	392
VIII. Opferentschädigung	394
1. Überblick	394
2. Entschädigung der Opfer von Straftaten	394
a) Strafrechtliche Vermögensabschöpfung	394
b) OEG	395
3. Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen	395

3. Abschnitt. Haftungslagen im Wirtschaftsleben

§ 26. Anwendung des allgemeinen Deliktsrechts	397
§ 27. Verletzung von Rechten des Geistigen Eigentums	397
I. Eigenständige Einzelschutzgesetze	398
II. Rechtsgrundlagen	399
1. Registerrechte	399
a) National	399
b) Unionsschutzrechte	399
c) Europäische Bündelpatente und Patente mit einheitlicher Wirkung	399
2. Nicht registrierte Rechte	400
III. Eigentümlichkeiten der Schutzgüter	400
1. Besondere Verletzlichkeit wegen Unkörperlichkeit	400
2. Unzutreffende Gleichsetzung von Ausschließlichkeit und Absolutheit	400

Inhaltsverzeichnis

IV. Verletzungstatbestände	401
V. Anspruchssystem	402
1. Abwehrrechtsschutz	402
2. Schadensersatz, vorbereitende Ansprüche	402
VI. Anspruchsgegner	402
VII. Rechtswidrige Rechtsverfolgung durch außergerichtliche Verwarnung	402
§ 28. Deliktische Haftung im Wettbewerbsrecht	403
I. Lauterkeitsrecht (UWG)	404
1. Entstehung und Entwicklung von Verhaltensunrecht	404
2. Perspektivwechsel: vom Unternehmensschutz zum Schutz der Verbraucher vor unlauteren Geschäftspraktiken	405
3. Zwitterstellung zwischen Individualrechtsschutz und Kollektivschutz	406
4. Anspruchssystem	407
a) Rechtsfolgen	407
aa) Überblick	407
bb) Abwehransprüche	407
cc) Passivität als Unterlassungspflichtverstoß	408
dd) Gewinnherausgabe	408
b) Aktivlegitimation	408
c) Passivlegitimation	408
5. Einzeltatbestände	409
II. Kartellrecht (GWB)	409
1. Schutzgüter	409
2. Anspruchssystem	410
3. Anspruchsinhalte, Anspruchsgegner	410
a) Unterlassung, Beseitigung	410
b) Schadensersatz	411
aa) Gläubiger	411
bb) Schadensfeststellung	411
cc) Abgrenzung der Anwendung von §§ 286, 287 ZPO	412
dd) Gesamtschuldnerschaft, Haftung der »wirtschaftlichen Einheit«	412
c) Beweismittelzugang	413
d) Vorteilsabschöpfung	413
§ 29. Haftung im Kapitalgesellschaftsrecht, Insolvenzrecht	413
I. Kapitalgesellschaftsrecht	414
1. Vermögenssphärentrennung: Haftungsschuldner und -gläubiger	414
2. § 826 BGB als Lückenschließer	414
3. Binnenhaftung der Geschäftsleiter	415
4. Außenhaftung gegenüber Dritten	416
a) Organwalterhaftung als Ausnahme	416
b) Störerhaftung	417
c) Schutzgesetzverstöße	417
d) Sittenwidrige Schädigung	417
II. Insolvenzrecht	418
1. Insolvenzverschleppung, Masseschmälerung, sorgfaltswidrige Restrukturierung ...	418
a) Haftungsgrundlagen	418
b) Inhalt der Außenhaftung	419
c) Haftung wegen Bankrotts und Kreditbetrugs	420
2. Haftung bei Abwicklung der Insolvenz	420
3. Existenzvernichtungshaftung	421
4. Planmäßige Vollstreckungsvereitelung, »Firmenbestattung«	422
III. Sonstige Vermögensschädigungen	422
1. Schutzgesetzverstöße	422
2. Sittenwidrige Schädigungen	423
§ 30. Haftung im Kapitalmarktrecht	424
I. Überblick	425

Inhaltsverzeichnis

1. Zersplitterte Märkte mit zersplittertem Haftungsrecht	425
2. Gesetzliche Regelungen, Vorrang des Unionsrechts, Qualifizierung als Deliktsrecht	426
3. Anspruchsberechtigung mittelbar Geschädigter	428
II. Herstellung von Publizität	428
1. Prospektinformationen für Erstemissionen	428
2. Informationen für Sekundärmärkte	429
3. Informationsverarbeitung durch Ratingagenturen	431
4. Investmentanlagen	431
5. Sonstige Vermögensanlagen	432
6. Konkurrierende Anspruchsgrundlagen	432
7. Informationserteilung bei Unternehmensübernahmen	433
III. Verletzung von Verhaltens- und Organisationspflichten	434
1. WpHG	434
2. Investmentvermögen	435
3. WpÜG	435
4. Sonstige Haftungslagen	435
IV. Unerlaubte Bankgeschäfte	435
V. Haftung Dritter	436
§ 31. Haftung für Drittversagen in internationalen Lieferketten	437
I. Zuweisung sozialer Verantwortung für Zulieferer in Lieferketten	438
II. Informationspflichten als Instrument zur Erzeugung gesellschaftlichen Drucks	439
III. Weitergehende Verpflichtungen	440
1. Vereinigtes Königreich	440
2. Frankreich	440
3. Deutschland	441
a) Regelungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes	441
b) Bußgeldsanktion	442
c) Zivilrechtliche Haftung	442
aa) Haftungsausschluss und gewillkürte Prozessstandschaft	442
bb) International anwendbares Haftungsrecht	443
cc) Haftung nach BGB	443
IV. Deliktische Haftung der gewerblichen Endabnehmer einer Lieferkette	444
1. Geschäftsherrhaftung	444
2. Deliktische Verkehrspflichtverletzung	444
3. Direkthaftung in Ausnahmefällen	445
§ 32. Zurechnung rechtswidrigen Verhaltens Dritter im Wirtschaftsleben	446
I. Personales Unrecht als hinderliche Grundkonstruktion	447
II. Haftung für fremdes Delikt	447
1. Respondeat superior als Zurechnungskonzept	447
2. Unternehmerhaftung kraft Deliktszurechnung im deutschen Recht	449
a) Transportrecht	449
b) Recht gegen unlauteren Wettbewerb	449
c) Geistiges Eigentum	450
3. Direkthaftung des Unternehmers	450
a) Gefährdungshaftungen	450
b) Haftung des Unternehmens als wirtschaftlicher Einheit	450
aa) Kartellrecht	450
bb) DS-GVO	451
c) Einsatz künstlicher Intelligenz	451
III. Haftung von Konzernmuttergesellschaften	451
1. Trennung von Unternehmensträger und Gesellschaftern	451
2. Irrelevanz der Unternehmensträgerschaft wegen wirtschaftlicher Einheit	452
3. Verletzung von Konzernorganisationspflichten	452
IV. Vorsatz kraft Wissenszurechnung	452
1. Zurechnung von Mitarbeiterwissen	452
2. Besonderheiten außervertraglicher Haftung	453

Inhaltsverzeichnis

3. Wissensorganisationspflichten	454
4. Organschafliche Wissenszurechnung	454
§ 33. Deliktshaftung zur Durchsetzung von Marktverhaltensnormen	455
I. Prävention und effektiver Normvollzug	455
1. Verhältnis von Prävention und Schadensausgleich	455
2. Abweichende Perspektive des Unionsrechts	456
3. Substitution der Wirtschaftsaufsicht durch Deliktshaftung	457
II. Kollektivschadensersatz mit zweifelhafter Ausgleichswirkung	458
III. Nutzen der Abwehransprüche	459
IV. Fehlfunktionen privatrechtlichen Normvollzuges	459
4. Abschnitt. Gefährdungshaftung	
§ 34. Theorie der Gefährdungshaftung	461
I. Entwicklung und Funktion	461
1. Geschichte und Namensgebung	461
2. Funktionen und Besonderheiten	462
3. Gefährdungshaftung durch übertrieben strenge Verkehrspflichten?	463
II. Typen der Gefährdungshaftung	463
III. Voraussetzungen der Gefährdungshaftung	465
1. Gefahr und Gefahrverwirklichung	465
2. Keine höhere Gewalt	465
3. Halter oder Betreiber und Zurechnungsfähigkeit	466
4. Entbehrliche Merkmale	466
IV. Anordnung und Typologie der Gefährdungshaftungen	467
1. Gesetzesvorbehalt und Analogieverbot	467
2. Typologie der Gefahr	468
V. Haftungsbeschränkung durch Höchstgrenzen	469
VI. Reform der Gefährdungshaftung	469
§ 35. Gefährdungshaftung wegen Tiergefahr	470
I. Tierhalterhaftung	470
1. Entwicklung und Zweck	470
2. Verletzungserfolg	471
3. Tier	472
4. Kausalität und Zurechnung: Tiergefahr	472
5. Persönlicher Schutzbereich und Handeln auf eigene Gefahr	474
6. Tierhalter	475
7. Sonderregeln	476
8. Auffangtatbestand für residuale Tiergefahr: Verschuldenshaftung	476
II. Wildschadenshaftung	477
1. Gefährdungshaftung für den Wildschaden	477
2. Jagdschaden	477
§ 36. Gefährdungshaftung für Land- und Luftfahrzeuge	478
I. Haftung des Bahnbetriebsunternehmers	478
1. Verletzungserfolg	478
2. Schienenbahn oder Schwebebahn	479
3. Kausalität und Zurechnung: Betriebsgefahr	479
4. Schaden	480
5. Ausschlussgründe	480
II. Haftung des Kraftfahrzeughalters	480
1. Entwicklung	481
2. Aktiv- und Passivlegitimierte: Fahrer, Halter, Kfz-Versicherer	481
3. Kraftfahrzeughalter	482
4. Verletzungserfolg	483
5. Kraftfahrzeug	483
6. Bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs	483

Inhaltsverzeichnis

7. Ausschlussgründe der Haftung	485
a) Höhere Gewalt	485
b) Unabwendbares Ereignis	486
c) Schwarzfahrt	486
d) Mitfahrer	486
e) Mitverursachung und Mitverschulden	487
8. Haftungsumfang	488
III. Haftung im Luftverkehr	488
1. Rechtsquellen	488
2. Gefährdungshaftung des Luftfahrzeughalters	489
3. Innenhaftung des Halters oder Frachtführers	491
§ 37. Gefährdungshaftung wegen Energieentfaltung	492
I. Konventionelle Energie: Elektrizität, Gas, Dampf usw	492
1. Wirkungshaftung	492
2. Zustandshaftung	493
3. Haftungsausschlüsse und Haftungsumfang	494
II. Atomenergie	495
1. Kernanlagenhaftung	495
2. Besitzerhaftung	496
3. Haftungsumfang	497
§ 38. Umwelthaftung	498
I. Rechtsgrundlagen der Umwelthaftung im Überblick	498
1. Ausgangspunkt: Waldschäden-Urteil des BGH	498
2. Gefährdungshaftung für Individualschäden, nicht: Klimaschäden	499
3. Ökologische Schäden	500
a) Rechtsgrundlagen	500
b) Kausalitätsanforderungen	500
c) Ausschluss von Individualschäden	500
d) Regress	501
4. Allgemeine deliktische Haftung	501
a) Umweltbezogene Verkehrspflichten	501
b) § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit öffentlichem Umweltrecht	502
5. Aufopferungshaftung wegen Duldungspflichten	503
a) § 906 Abs. 2 S. 2 BGB	503
aa) Direkte Anwendung	503
bb) Analoge Anwendung	504
b) § 14 S. 2 BImSchG	504
aa) Ausschluss der Untersagung	504
bb) Ausgleichsanspruch	504
II. Haftungsgrund des UmweltHG	505
1. Rechtsverletzungsmodus	505
2. Kausalität	505
3. Haftungsschuldner	506
4. Präparatorischer Auskunftsanspruch	506
III. Haftungsumfang	506
§ 39. Gefährdungshaftung wegen Wasserveränderung oder Bergbaus	506
I. Veränderung der physiologischen Beschaffenheit des Wassers	507
1. Schutz durch Gefährdungshaftung	507
a) Haftungsgrundlagen	507
b) Konkurrenzen	508
2. Handlungshaftung	508
3. Anlagenhaftung	509
4. Typische Fälle der Wasserhaftung	509
a) Abwasser- und Abwasserbehandlungsanlagen	509
b) Heizöltanks, Öltransportfahrzeuge	510
II. Bergschadenshaftung	511

Inhaltsverzeichnis

1. Dogmatische Einordnung	511
2. Haftungsgrund	511
3. Haftungsumfang	512
§ 40. Gefährdungshaftung wegen Arzneimittelherstellung und Gentechnik	512
I. Arzneimittelhaftung	512
1. Hintergrund, Funktion und konkurrierende Anspruchsgrundlagen	512
2. Allgemeine Voraussetzungen	514
a) Verletzungserfolg	514
b) Zum Gebrauch beim Menschen bestimmte zugelassene Arzneimittel	515
c) Abgabe im Geltungsbereich des AMG an Verbraucher	515
d) Kausalität der Anwendung	516
3. Unvertretbare schädliche Wirkungen bei bestimmungsgemäßem Gebrauch	516
4. Unzureichende Arzneimittelinformationen	517
5. Beweisrechtliche Besonderheiten	518
6. Auskunftsanspruch	520
7. Haftungsumfang	521
II. Gentechnikgesetz	521
1. Grundlagen	521
2. Haftung	522

5. Abschnitt. Objektive Einstandshaftung

§ 41. Notstand, Aufopferung fremder und eigener Rechtsgüter	524
I. Eingriffsrecht und Verlustausgleich	524
1. Das Aufopferungsprinzip	524
2. Paradigma: aggressiver Notstand	525
a) Rechtfertigungstatbestand (§ 904 S. 1 BGB)	525
b) Haftungstatbestand (§ 904 S. 2 BGB)	525
II. Besondere gesetzliche Regelungen	525
1. Überblick	525
2. Insbesondere: Immissionen im Nahbereich von Grundstücken	526
III. Rechtsfolgen	527
1. Schuldner des Entschädigungsanspruchs	527
a) § 904 S. 2 BGB	527
b) § 906 Abs. 2 S. 2 BGB	528
2. Entschädigungsumfang	528
IV. Überwindung fehlender Ausgleichsregelungen	529
1. Einwirkungen auf Sachgüter	529
2. Einwirkung auf die Person	529
V. Selbstopferung	530
1. Charakteristische Sachverhalte	530
2. Haftung aus Geschäftsführung ohne Auftrag	530
3. Anrechnung mitwirkender Gefahr	531

4. Teil. Rechtsfolgen der Haftung

1. Abschnitt. Schadensrecht

§ 42. Grundzüge des gesetzlichen Schadensersatzes	533
I. Schaden	534
1. Schadensdefinition, positives und negatives Interesse	534
2. Mittelbarer und unmittelbarer Schaden	535
3. Verletzung und Schaden	535
4. Bedarf und Aufwendung, Dispositionsfreiheit des Geschädigten	536
5. Gemeiner Wert und Affektionsinteresse	537
a) Gemeiner Wert	537
aa) Steuerrechtlicher Begriff	537
bb) Ersatz von Transportschäden	537

Inhaltsverzeichnis

cc) Sonstige Sachverhalte	538
dd) Stellungnahme	538
b) Subjektiver Wert	539
6. Verdacht der Schadhafteigkeit als Schaden	539
7. Schadensbearbeitungsaufwand	539
II. Differenzhypothese	539
1. Vergleich der Vermögensstände	539
2. Normativer Schaden	540
III. Alles-oder-Nichts-Prinzip, Proportionalhaftung, Verlust einer Chance	540
1. Totalreparation	540
2. Teilung der Schadensersatzforderung statt Alles-oder-Nichts-Prinzip	541
a) Quotierung der Ersatzforderung abhängig von der Wahrscheinlichkeit?	541
b) Dogmatische Herkunft: Solidarhaftung bei unsicherer Kausalität der Täterschaft	541
aa) Rechtliche Lösungen	541
bb) Gründe der Haftung	541
3. Haftung für Verlust einer Chance	542
4. Bewertung der prozessualen und materiell-rechtlichen Lösungen	542
a) Generelle Beweismaßreduzierung	542
b) Proportionalhaftung	543
IV. Naturalrestitution und Geldersatz	544
1. Wiederherstellung des früheren Zustands	544
a) Herstellung durch den Schädiger	544
b) Personenverletzung und Sachbeschädigung	544
2. Geldersatz statt Naturalrestitution	545
a) Nicht mögliche oder nicht genügende Naturalherstellung	545
b) Unverhältnismäßige Aufwendungen	546
c) Geldersatz nach erfolgloser Fristsetzung zur Naturalherstellung	546
V. Nutzungsausfall	546
VI. Frustrationschaden	547
VII. Lizenzanalogie und Herausgabe des Verletzergewinns	548
VIII. Vorbeugemaßnahmen	549
IX. Vorteilsausgleichung	550
1. Dogmatisches Prinzip	550
2. Nicht anzurechnende Vorteile	551
X. Strafschadensersatz	551
§ 43. Personenschaden	552
I. Systematik des Gesetzes	552
II. Tod eines Menschen	552
1. Tötungsschaden	552
2. Bestattungskosten	553
3. Unterhaltsschaden	553
a) Barunterhalt	553
aa) Maßgebliches Familienrecht	553
bb) Schadensermittlung	553
cc) Rentenbefristung	554
b) Naturalunterhalt (Haushaltsführungsschaden)	554
c) Begrenzung auf gesetzliche Unterhaltspflicht	555
aa) Missachtung familiärer Beziehungen	555
bb) Rechtspolitische Kritik	555
III. Verletzung eines Menschen	555
1. Heilungskosten	555
2. Vermehrte Bedürfnisse	556
a) Schadensabgrenzungen	556
b) Gegenstände des Mehrbedarfs	556
c) Pflegebedarf	556
d) Rechtsfolgen	557
3. Erwerbsschaden	557

Inhaltsverzeichnis

a) Schadensarten	557
b) Abhängig Beschäftigte	558
aa) Zurechenbarer Verdienstausfall	558
bb) Regressregelungen des Rechts der sozialen Sicherung	558
cc) Geldrente: Befristung und Kapitalisierung	559
c) Unternehmer, Freiberufler	559
d) Anstößiger Erwerb	560
4. Entgangene oder beeinträchtigte Haushaltsführung	560
5. Entgangene Dienstleistungen	562
§ 44. Sachschaden	562
I. Erscheinungsformen des Sachschadens	562
1. Differenzierung von Person- und Sachgütern	562
2. Zerstörung der Sache	563
3. Beschädigung der Sache, Verletzung eines Tieres	563
a) Sachen	563
b) Tiere	563
4. Entziehung der Sache	563
5. Entwertung nach der Verkehrsauffassung (merkantiler Minderwert)	564
6. Ökologische Schäden	564
II. Sachschaden und Interesse	564
1. Begriff des Interesses	564
2. Neu für alt	564
III. Ersatz des Sachwertes	564
IV. Reparaturkosten, Tierheilkosten	565
1. Dispositionsfreiheit	565
2. Tierbehandlung	565
3. Einzelne Sachgegenstände	565
V. Insbesondere: Kfz-Schäden	566
1. Mietwagen	566
2. Reparatur und Ersatzbeschaffung	567
a) Zwei Wege der Naturalrestitution	567
b) Gebot der Wirtschaftlichkeit	567
aa) Grundsatz	567
bb) Reparaturobergrenze	567
c) Fiktive Abrechnung	568
d) Stundenverrechnungssätze, Ersatzbeschaffung, Verwertung des Unfallfahrzeugs	569
3. Mehrwertsteuer	569
4. Nutzungsausfall	570
5. Merkantiler Minderwert	571
6. Sachverständigenkosten, sonstige Nebenkosten	571
a) Überhöhtes Gutachtenhonorar	571
b) Abwicklungspauschale	572
7. Kosten der Rechtsverfolgung	572
8. Schadensbemessungszeitpunkt	572
§ 45. Schmerzensgeld: Haftungsgrund	572
I. Herkunft und Begriff	573
II. Gesetzliche Regelung	574
1. Ersatz immateriellen Schadens	574
2. Verfehlte Begrifflichkeit	574
3. Betroffene Rechtsgüter gem. § 253 Abs. 2 BGB	574
4. Vom Delikt zu weiteren Haftungsgrundlagen	575
III. Funktionen des Schmerzensgeldes	575
1. Ausgleichsfunktion	575
2. Genugtuungsfunktion	576
3. Voraussetzungen der Genugtuung	576
4. Untrennbarkeit der Funktionen	577
IV. Schmerzensgeld in Auffangfunktion zum materiellen Schaden	577

Inhaltsverzeichnis

V. Ansprüche Dritter (»Schockschaden«, Hinterbliebenenschmerzensgeld)	577
1. Eigene Verletzung Dritter als mittelbare Folge der Primärverletzung	577
a) Grenzen des Ersatzes von Drittschäden	577
b) Psychische Einwirkung als Gesundheitsverletzung, sonstige Verletzungen	578
c) Ersatzvoraussetzungen	578
d) Belastungsstörungen professioneller Rettungshelfer und Polizisten	579
2. Mitverantwortlichkeit des Getöteten und Schockschaden	580
3. Haftungsausschluss nach SGB VII	580
4. Hinterbliebenengeld, § 844 Abs. 3 BGB	581
a) Gesetzliche Ausweitung des Drittschadensersatzes	581
b) Tatbestandsvoraussetzungen	581
5. Zusammenhang von Schockschadens- und Hinterbliebenenschmerzensgeld; Mitverursachung	582
VI. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	582
1. Bedarf für zivilrechtliche Sanktion	582
2. Leitentscheidungen	583
3. Gescheiterte Kodifizierung	584
4. Abgrenzung zum Schmerzensgeld	584
VII. Übertragbarkeit des Schmerzensgeldanspruchs und der Geldentschädigung	584
1. Schmerzensgeld	584
2. Geldentschädigung	585
VIII. Ausschluss beim Arbeitsunfall; Regress der SVT	585
1. Gesetzliche Unfallversicherung	585
2. Regress der Sozialversicherungsträger	586
§ 46. Schmerzensgeld: Haftungsumfang, Bemessung	586
I. Schmerzensgeldkriterien	587
1. Billigkeitserhebliche Merkmale	587
a) Ermessensentscheidung	587
b) Beeinträchtigung des Opfers	587
c) Verhalten des Verletzers	588
d) Wirtschaftlicher Bedarf, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	588
e) Regulierungsverzögerung	589
2. Anrechnung eines Mitverschuldens, mindernde Billigkeitserheblichkeit	589
II. Schadenstypen	590
1. Tötung	590
2. Verletzung des Körpers und der Gesundheit	590
a) Körperverletzung	590
b) Gesundheitsverletzung	591
3. Freiheitsverletzung, sexuelle Selbstbestimmung	591
4. Insbesondere: ärztliche Fehlbehandlung	592
a) Behandlungsfehler	592
b) Verletzte Aufklärungspflicht	593
III. »Schmerzensgeld« bei Persönlichkeitsverletzung	593
1. Richterrechtliche Erweiterung des Rechtsgüterkatalogs	593
2. Eingriffsintensität und Verschulden	594
IV. Herabsetzung/Wegfall der Genugtuung wegen funktionsähnlicher sonstiger Folgen	595
V. Schmerzensgeldbemessung	595
1. Feste Summe	595
2. Rentenzahlung	596
VI. Vergleichung mit anderen Urteilen	596
1. Schmerzensgeldtabellen	596
2. Betragsbestimmung nach gestaffelten Tagessätzen als Alternative?	597
VII. Prozessuales	597
1. Streitgegenstand, Bestimmter Klageantrag	597
2. Feststellung künftigen Ersatzes immaterieller Einbußen	598
3. Teilleistungen, Verzinsung	598
4. Adhäsionsverfahren	598

Inhaltsverzeichnis

2. Abschnitt. Abwehransprüche

§ 47. Grundsatzfragen des Abwehrrechtsschutzes	600
I. Vorbeugender Rechtsschutz durch Unterlassung und Beseitigung	601
II. Rechtswidrigkeit	601
III. Anspruch oder Klage	602
IV. Schuldner des Unterlassungsanspruchs	602
1. Einzeltäter und mehrere Tatbeteiligte	602
a) Unmittelbar Handelnde, Terminologie	602
b) Verantwortlichkeit von Organwaltern	603
c) Mittäterschaft, Teilnahme	603
d) Mittelbare Verletzungen und § 830 BGB	604
2. Abwehrhaftung mittelbarer Störer	604
a) Besonderheiten mittelbarer Verletzungen	604
b) Sekundäre Haftung mittelbarer Verletzer	605
aa) Definition des Störers, Wirkung der Qualifizierung	605
bb) Ausklammerung des UWG?	606
cc) Aufgabe der Störerhaftung?	607
V. Negatorische Beseitigung und Schadensersatz	608
1. Inhaltlich beschränkte deliktsrechtliche Beseitigung	608
2. Usurpationstheorie von Picker	608
a) Rückzug auf den eigenen Rechtsraum	608
b) Kritik	608
VI. Pflicht zur Vermeidung künftiger Rechtsverletzungen	609
§ 48. Unterlassung und Beseitigung	610
I. Unterlassungsanspruch	611
1. Schutzzumfang, Begehungsgefahr	611
a) Geschützte Interessen	611
b) Erstbegehungsgefahr, Wiederholungsgefahr	612
aa) Begehungsgefahr als Handlungsfreiheitsschutz	612
bb) Gefährindizien	612
c) Titulierung, Vollstreckung	612
d) Beschreibung des abzuwehrenden Verhaltens, Kerntheorie	612
aa) Reichweite der Wiederholungsgefahr	612
bb) Prozessuales Bestimmtheiterfordernis	613
e) Ermittlung rechtmäßigen Verhaltens außerhalb des titulierten Verbotsbereichs ..	613
2. Rechtsfolgen	614
a) Passivität und Handlungspflicht	614
b) Einheitlicher Streitgegenstand von Unterlassungs- und Handlungsbegehren ..	614
3. Zurechnung von Drittverhalten im Vollstreckungsstadium	614
II. Beseitigungsanspruch	615
1. Voraussetzungen und Umfang	615
2. Bestimmtheit des Beseitigungsantrags	616
3. Kosten der Beseitigung	616
III. Besondere Beseitigungsinhalte	616
1. Widerruf	616
2. Vernichtung, Entfernung aus den Vertriebskanälen	617
3. Rückruf von Produkten und Werbematerial	618
a) Beseitigungspflicht kraft Handlungstitels	618
b) Beseitigungspflicht kraft Unterlassungstitels	618
4. Löschung von Registereinträgen	619
5. Löschungen im Internet	619
6. Netzzugangssperre	620
§ 49. Abwehr deliktischen Handelns von Diensteanbietern im Internet	621
I. Handeln von Mittelspersonen im Internet	621
II. Störerhaftung	622
1. Das grundlegende Haftungsproblem	622

XXX

Inhaltsverzeichnis

a) Zurechnungsdilemma	622
b) Zurechnungsrelevante Abgrenzungen	622
c) Dogmatische Deutung: Abwehrhaftung wegen Beteiligung	623
d) Besondere Pflichten: Kontroll- und Abwehrmaßnahmen	623
e) Schutzmechanismus gegen unberechtigte Beschwerden	623
2. Ausgestaltung der Störerhaftung	624
III. Gesetzliche Haftungsprivilegierung	626
1. Rechtsgrundlagen	626
2. Privilegierte Diensteanbieter	627
3. Clearingverfahren	629
IV. Pflichten diverser Diensteanbieter	629

5. Teil. Rechtsdurchsetzung

§ 50. Besonderheiten des Deliktsprozesses	631
I. Zuständigkeit des Deliktsortes	631
1. Rechtsgrundlagen	631
2. Klagearten	631
3. Deliktstypen	632
II. Sachliche Zuständigkeit	632
III. Streitgegenstand des Haftpflichtprozesses	633
1. Aufspaltung nach Schadensarten und Pflichtverletzungen	633
2. Streitgegenstandsvarianz von Unterlassungsansprüchen	634
IV. Bindung des Haftungsurteils für Deckungsprozess	634
V. Adhäsionsverfahren	635
VI. Unbezifferter (Schmerzensgeld-)Antrag	635
VII. Feststellungsklage	636
VIII. Zwangsvollstreckung	636
1. Beseitigungspflicht kraft Unterlassungstitels	636
2. Privilegierte Vollstreckung	637
3. Pfändungsschutz	637
§ 51. Darlegungs- und Beweislast, Beweismaß	638
I. Darlegungs- und Beweislast	638
1. Grundlagen	638
2. Anspruchsbegründende Tatsachen	639
3. Einwendungen	639
a) Anspruchsvernichtung durch Entlastungsgründe	639
b) Regel-Ausnahme-Schema bei Streupflichten	640
4. Sekundäre Darlegungslast, Informationsbeschaffung	640
a) Materiell-rechtliche Auskunftsansprüche	640
b) Erleichterungen der Darlegung	640
5. Gesetzliche Vermutungen	641
a) Prozessrechtliche Bedeutung	641
b) Anwendungen im Haftungsrecht	641
II. Umkehr der Darlegungs- und Beweislast	642
1. Rechtsfortbildung	642
2. Beweislastumkehr aus Billigkeitsgründen	642
3. Beweisvereitelung	643
III. Anscheinsbeweis	643
1. Typisierter Indizienbeweis mit Revisionsmöglichkeit	643
2. Anwendungen im Deliktsrecht	644
a) Pflichtverletzungen	644
b) Kausalität	644
3. Erschütterung des Anscheins	645
IV. Beweismaß	645
1. Regelbeweismaß	645
2. Beweismaßherabsetzung, Schadensschätzung	645

Inhaltsverzeichnis

a) Ermessensentscheidung	645
b) Abgrenzung von Haftungsgrund und Haftungsausfüllung	646
c) Schadensfeststellung	646
d) Beweisverfahren	647
§ 52. Verjährung und Verwirkung	647
I. Neuordnung durch die Schuldrechtsreform	647
II. Verjährung des Deliktsanspruchs	647
1. Regelverjährung und Sonderverjährungen	647
a) Deliktsrechtlicher Anwendungsbereich der Regelverjährung	647
b) Sonderverjährungen	648
c) Restschadensersatz trotz Verjährung	648
2. Fristberechnung	648
3. Hemmung der Verjährung	649
a) Hemmungshandlungen	649
b) Vergleichsverhandlungen	650
4. Wirkung der Verjährung	650
III. Konkurrenzen	650
IV. Unzulässige Rechtsausübung	651
1. Sonderregelung des § 853 BGB	651
2. Verwirkung im Allgemeinen	651
3. Markenrechtliche Verwirkung	652

6. Teil. Haftungsersetzung und Regress

§ 53. Ablösung der Haftung durch Unfallversicherungsschutz	653
I. Individualschaden und Sozialschaden	654
1. Schadensübernahme durch Arbeitgeber und kollektive Einrichtungen	654
2. Zusammenführung von Verletzung und Schaden	654
3. Rechtspolitik: Haftungsersetzung durch Unfallversicherung	654
II. Haftungsersetzung durch Unfallversicherungsschutz	655
1. Gesetzliche Unfallversicherung	655
a) Systematik, Grundlagen	655
b) Versicherte Personen	656
c) Reichweite des Versicherungsschutzes	656
d) Entscheidungszuständigkeiten	656
2. Ausschluss der deliktischen Haftung	657
a) Reichweite der Sperrwirkung	657
b) Fortbestand der Haftung, Entsperrung	657
c) Schulunfälle	658
d) »Wie-Beschäftigung«	658
e) Ausländische Arbeitnehmer	658
f) Verfahrensbeteiligung des Schädigers	658
§ 54. Rückgriff bei Dritteleistungen	659
I. Regress der Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger	659
1. Originärer Regressanspruch	659
a) Ermessensbindung	659
b) Verschuldensbezug	660
c) Deckelung durch fiktiv zedierten Schadensersatzanspruch	660
d) Verjährung	660
2. Legalzession der Erbringer von Sozial(versicherungs)leistungen	660
a) Bereicherungsvermeidung	660
b) Kongruenz von Leistung und Schadensart	661
c) Quotenvorrecht	661
d) Regressbeschränkung durch Angehörigenprivileg	661
II. Entschädigung der Opfer von Straftaten	662
III. Regress der Privatversicherer	662
1. Legalzession	662

Inhaltsverzeichnis

2. Kongruenz und Quotenvorrecht	663
3. Angehörigenprivileg	663
4. Regressverzicht	663
IV. Rückgriff des Arbeitgebers	664
V. Dienstunfälle von Beamten und Soldaten	664
1. Versorgungs- und Haftungsstruktur	664
2. Begrenzter Haftungsausschluss	665
3. Rückgriff, Quotenvorrecht	665

7. Teil. Grenzüberschreitendes und ausländisches Delikt

§ 55. Internationale Tatortzuständigkeit	667
I. Rechtsgrundlagen	668
1. Bedeutung der internationalen Zuständigkeit	668
2. Regelungen für den EWR	668
3. Verhältnis zu Drittstaaten	668
II. Eigenständiger Normzweck der Tatortanknüpfung, allgemeine Gesichtspunkte	668
1. Verhältnis zum IPR und zur örtlichen Zuständigkeit	668
2. Die Rechtfertigung der Sonderzuständigkeit	669
3. Ausnahmecharakter der Sonderzuständigkeit	670
4. Wahl zwischen Handlungs- und Erfolgsort, Kognitionsbeschränkung	670
5. Wirkungen der lex loci protectionis	671
6. Anspruchsarten: Schadensersatz und Verletzungsabwehr	671
7. Besonderheiten des Internet	672
8. Verdrängung des Tatortgerichtsstands durch Vertragsbeziehung?	673
9. Missachtung einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung	674
10. Beteiligtenhaftung	675
11. Prüfung der Zuständigkeitsstatsachen	676
III. Handlungs- und Erfolgsort im Unionsrecht	676
1. Auffächerung nach betroffenen Rechtsgebieten, Erfolgsortrestriktionen	676
2. Verkehrsunfälle, mittelbare Verletzungen	677
3. Äußerungsdelikte, Bildberichterstattung, sonstige Persönlichkeitsrechtsverletzungen	677
a) Persönlichkeitsschutz	677
b) Insbesondere: Abwehrschutz	678
c) Bildberichterstattung	679
d) Plattformbewertungen	679
4. Produkthaftung	679
5. Primäre Vermögensschäden	679
a) Einschränkung auf erste Schädigungswirkung	679
b) Kapitalmarktdelikte	680
IV. Schutzrechte des Geistigen Eigentums	681
1. Urheberrecht	681
2. Nationale Kennzeichenrechte	682
3. Unionsmarken, Gemeinschaftsgeschmacksmuster	682
V. UWG-Tatbestände	684
1. Mangel an EuGH-Judikaten	684
2. Äußerungen im Wettbewerb	684
3. Selektive Vertriebsbindungen	684
4. Irreführende Werbung	685
VI. Kartelldeliktsrecht	685
VII. Vollstreckung	687
§ 56. Internationales Deliktsrecht	687
I. Rechtsquellen	688
II. Unionskollisionsrecht für Deliktstatbestände	689
1. Anwendungsbereich	689
2. Anknüpfungssystem und allgemeine Regeln	690

Inhaltsverzeichnis

3. Der Tatort als Grundanknüpfung und seine Konkretisierung	692
4. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt, (vertrags-)akzessorische Anknüpfung und engere Verbindung	693
5. Rechtswahl	694
6. Sonderdeliktskollisionsrecht für besondere Sachbereiche	695
a) Internationale Produkthaftung	695
b) Internationales Wirtschaftsrecht	696
c) Internationales Umwelthaftungsrecht	698
d) Internationales Arbeitskampfrecht	699
e) Ansprüche direkt gegen Versicherer (action directe)	700
III. Autonomes deutsches Deliktskollisionsrecht	700
1. Anknüpfungssystem und allgemeine Regeln	700
2. Der Tatort und seine Konkretisierung	702
3. Der Sonderbereich der Persönlichkeitsverletzungen	703
4. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt und wesentlich engere Verbindung	705
5. Rechtswahl	705
Sachverzeichnis	707


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG